



## Rohstoffe und Entwicklung Newsletter



**Informationen über aktuelle Themen und Entwicklungen aus dem Rohstoffsektor**  
Ein Service des GIZ Vorhabens Rohstoffe und Entwicklung

Liebe Rohstoff-Interessierte,



©GIZ / Mike Duff

herzlich willkommen zur vierten Ausgabe unseres  
Rohstoff-Newsletters!

Das Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung der GIZ lässt Ihnen jeden Monat eine Auswahl an Artikeln und Links zukommen, die für Sie von Interesse sein könnten. Gerne informieren wir Sie über zentrale Entwicklungen im Sektor und möchten auf neue Erkenntnisse aufmerksam machen.

Sollten Sie zusätzliche Themen interessant finden oder Veranstaltungshinweise für uns haben,

zögern Sie bitte nicht, uns diese mitzuteilen, sodass wir sie in unseren Newsletter aufnehmen können!

**Herzliche Grüße,**  
**Ihr GIZ-Sektorvorhaben Rohstoffe und Entwicklung**

#### **ROHSTOFFE UND ÖFFENTLICHE FINANZEN**

» Deutschland übergibt EITI-Vorstand planmäßig an die Niederlande

#### **ROHSTOFFLIEFERKETTEN**

» Veröffentlichung der CAHRA-Liste

» KMU Kompass schafft Orientierung im Sorgfaltsprozess

#### **ROHSTOFFE UND MENSCHENRECHTE**

» AK Rohstoffe veröffentlicht Positionspapier

#### **ROHSTOFFE UND UMWELT**

» SWP Aktuell: Umweltrechte und Rohstoffkonflikte in Lateinamerika

#### **BATTERIEROHSTOFFE**

» Vorschlag zur Neufassung der EU-Verordnung zu Batterien und Altbatterien

» Europäische Konferenz zu Batterien

#### **ROHSTOFFE UND GENDER**

» Erstes Gender Impact Assessment speziell für den ASM-Sektor

» Neue Publikation: Geschlechtergerechte Klimapolitik - Eine Fallstudie über den kolumbianischen Kohlesektor

#### **VERANSTALTUNGSHINWEIS**

» 13. & 14. Januar 2021: virtuelle Konferenz zur EU Verordnung über Konfliktminerale

#### **VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK**

» Die EU-Konfliktminerale-Verordnung - Relevanz für China und für nachhaltigere Rohstofflieferketten

#### **SCHON GEWUSST..?**

## **Rohstoffe und öffentliche Finanzen**

### Deutschland übergibt EITI-Vorstand planmäßig an die Niederlande

Zum 01.01.2021 hat Deutschland, vertreten durch Sören Dengg, BMZ-Referatsleiter für Energie, Infrastruktur und Rohstoffe, seinen Sitz im Vorstand der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) planmäßig an die Niederlande abgegeben. Deutschland ist Teil der Stimmrechtgruppe der EITI-unterstützenden Länder und teilt sich im jährlichen Turnus einen Sitz im Vorstand mit der Europäischen Kommission, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Deutschland wird sich weiterhin im Implementierungs- und im Rapid-Response-Ausschuss engagieren und voraussichtlich 2025 erneut ein Vorstandsmitglied stellen.



### Veröffentlichung der CAHRA-Liste

Anlässlich des Inkrafttretens der **EU-Konfliktmineralien-Verordnung** am 1. Januar 2021 hat RAND Europe im Auftrag der EU Kommission am 17. Dezember 2020 eine indikative, nicht erschöpfende **Liste von Konflikt- und Hochrisikogebieten** (engl. Conflict-Affected and High-Risk Areas, CAHRAs) veröffentlicht. Die

Liste dient als Orientierungshilfe und gibt Aufschluss über Gebiete, die gegenwärtig von Konflikten und anderen illegalen Aktivitäten betroffen sind oder davon betroffen sein könnten. Die Liste ist nicht vollständig und wird regelmäßig aktualisiert, d.h. sie enthält nicht notwendigerweise alle Konfliktgebiete der Welt. Damit ist die Verordnung auch von Unternehmen einzuhalten, die in Konfliktgebieten tätig sind, die nicht auf dieser Liste stehen.



[Hier geht`s zur CAHRA-Liste »](#)

### KMU Kompass schafft Orientierung im Sorgfaltsprozess

Am 10. Dezember 2020 ist der KMU Kompass für nachhaltiges Lieferkettenmanagement online gegangen. Das Online-Portal navigiert kleine und mittlere Unternehmen durch den Sorgfaltsprozess zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt entlang der Wertschöpfungskette – mit Anleitungen, Tipps und Praxishilfen kostenfrei auf Deutsch und Englisch. Der KMU Kompass ist ein Angebot des Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte in Zusammenarbeit mit der GIZ. Mit dem KMU Kompass möchte das BMZ den Mittelstand dabei unterstützen, den Einstieg in die Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltsprozesse zu finden und so den zunehmenden Nachhaltigkeitsanforderungen von Geschäftspartner\*innen, Kund\*innen und der Öffentlichkeit besser nachzukommen.

[Hier geht`s zum KMU Kompass »](#)



"Krisenverschärfendes Handeln stoppen – Rohstoffwende umsetzen"



©AK Rohstoffe

In einem **Positionspapier** fordern 40 deutsche Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen aus dem Arbeitskreis Rohstoffe krisenverschärfendes Handeln zu stoppen und eine Rohstoffwende umzusetzen. Während sich Probleme in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Klima verschärfen, verbraucht Deutschland im globalen Maßstab weiterhin enorme Mengen an metallischen und mineralischen Rohstoffen. Gleichzeitig werden die meisten Kosten für die durch den Abbau verursachten sozialen und ökologischen Schäden in die Abbauländer externalisiert. Laut Positionspapier ist „die konsequente

und verbindliche Umsetzung höchster menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten durch Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette ein Muss“.

[Hier geht's zum Positionspapier »](#)



## Rohstoffe und Umwelt

### SWP Aktuell: Umweltrechte und Rohstoffkonflikte in Lateinamerika

Escazú-Abkommen kann 2021 in Kraft treten

Die Publikation der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) thematisiert das sogenannte Escazú-Abkommen und seine Bedeutung für die Regulierung von internationalen Lieferketten. Bei dem Abkommen handelt es sich um eine Vereinbarung der Staaten Lateinamerikas und der Karibik zur Etablierung regionaler Transparenz- und Umweltstandards. Nach Mexikos Ratifizierung am 5. November 2020 wurde die vorgegebene Mindestzahl von elf Ratifikationen erreicht, wodurch das Abkommen 2021 in Kraft treten kann. Durch das Escazú-Abkommen wurde ein innovatives multilaterales Instrument geschaffen, das mehr Bürgerbeteiligung und eine bessere Durchsetzung von Bürgerrechten in Umweltbelangen gewährleisten soll. Wirtschaftliche Interessen an der Förderung von Rohstoffen sind in Lateinamerika dominant und es gibt eine hohe Zahl an Ressourcenkonflikten. Vor diesem Hintergrund soll das Abkommen betroffenen indigenen Völkern und Verteidiger\*innen von Menschenrechten in Umweltbelangen neue Möglichkeiten der Information, Partizipation und des Zugangs zum Justizwesen eröffnen. Die Ratifizierungen einiger maßgeblicher Staaten der Region stehen noch aus, da viele von ihnen eine Verletzung ihrer nationalen Souveränität und Entscheidungsfreiheit fürchten.

Die Publikation identifiziert neue Ansatzpunkte bei der Formulierung von Lieferkettengesetzen in Deutschland und Europa: „Das Escazú-Abkommen greift Regelungstatbestände auf, die auch in den gegenwärtigen Debatten über die Ausgestaltung der Unternehmensverantwortung relevant sind. Die Gesetzgeber sollten daher die in der Region formulierten Standards (etwa des Escazú-Abkommens) aufgreifen und in ihre Überlegungen einbeziehen.“

[Hier geht's zur Publikation »](#)



## Batterierohstoffe

### Vorschlag zur Neufassung der EU-Verordnung zu Batterien und Altbatterien



©EU

Die EUKOM will die EU-Vorschriften für Batterien modernisieren. Batterien, die in der EU in Verkehr gebracht werden, sollen über ihren gesamten Lebenszyklus nachhaltig, leistungsfähig und sicher sein. Am 10.12.2020 hat die EUKOM deswegen einen Vorschlag unterbreitet, mit dem **die bisherige Batterien-Richtlinie (2006/66/EG)** aus dem Jahr 2006 ersetzt werden soll. Mit dem Vorschlag setzt die EUKOM ihre erste Initiative im Rahmen des Aktionsplans für die

Kreislaufwirtschaft um. Nachhaltige Batterien sind von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Ziele des **europäischen Grünen Deals** und tragen zum darin festgelegten Null-Schadstoff-Ziel bei. Für die Entwicklung einer nachhaltigeren und wettbewerbsfähigeren Batterieindustrie in Europa und weltweit sind Anforderungen wie die Verwendung verantwortungsvoll beschaffter Materialien mit begrenztem Einsatz gefährlicher Stoffe, ein Mindestgehalt an recyceltem Material und ein kleiner CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, Leistung, Haltbarkeit und Kennzeichnung sowie die Erfüllung der Sammel- und Recyclingvorgaben von wesentlicher Bedeutung. Mit den neuen Nachhaltigkeitsstandards für Batterien möchte die EUKOM auch weltweit den grünen Wandel fördern und ein Konzept für weitere Initiativen im Rahmen ihrer nachhaltigen Produktpolitik aufstellen.

[Hier geht's zum Vorschlag der Neufassung »](#)

## Europäische Konferenz zu Batterien

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft veranstaltete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vom 24. bis 27. November 2020 die virtuelle "European Conference on Batteries". Diese Online-Veranstaltung stand im Zusammenhang mit dem Start der beiden "Important Projects of Common European Interest" (IPCEIs) zur Batterie-Wertschöpfungskette. Europäische und internationale Akteure aus Industrie, Wissenschaft und Politik teilten die neuesten Innovationen und nutzten das Forum zum fachlichen Austausch sowie zum Networking. Ein Großteil der Präsentationen sind nun online verfügbar.

### Mehr erfahren:

- » [European Conference on Batteries](#)



## Rohstoffe und Gender

### Erstes Gender Impact Assessment speziell für den ASM-Sektor

IMPACT veröffentlicht neues Toolkit

Auch gut gemeinte Initiativen können sich negativ auf Bergarbeiterinnen in handwerklichen Bergbaugemeinden auswirken. Wie können wir sicherstellen, dass ASM-bezogene Initiativen Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter sinnvoll unterstützen?



©IMPACT

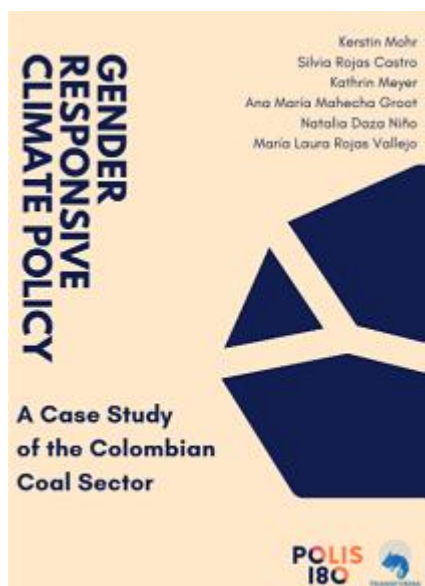
Anfang Dezember hat IMPACT ein neues Toolkit herausgebracht, um die Gleichberechtigung der Geschlechter besser in Initiativen zu integrieren, die mit dem handwerklichen und Kleinbergbau (ASM) auf der ganzen Welt in Verbindung stehen. Das Toolkit "*Gender Impact Assessments for Projects and Policies Related to Artisanal and Small-Scale Mining*" wurde als Teil von IMPACTs Vision entwickelt, dass natürliche Ressourcen allen Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Das Toolkit wurde in der Demokratischen Republik Kongo und in Uganda entwickelt, wo die Organisation zusammen mit ihren Partnern Lücken in den verfügbaren Instrumenten zur Analyse der Auswirkungen auf Frauen in feldbasierten Projekten zur Formalisierung von ASM identifizierte. Es ist das erste Gender Impact Assessment überhaupt, das speziell auf den ASM-Sektor zugeschnitten ist. IMPACT wird das Toolkit am 20. Januar 2021 in einem Webinar vorstellen.

### Mehr erfahren:

- » [Weitere Informationen](#)
- » [Hier geht's zum Download des Toolkits](#)

» [Hier geht's zur Registrierung für das Webinar](#)

## Neue Publikation: Geschlechtergerechte Klimapolitik - Eine Fallstudie über den kolumbianischen Kohlesektor



©Polis180/Transforma

[Hier geht's zur Studie »](#)

Finanziert vom GIZ-Vorhaben Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau hat das Think Tank Polis 180 gemeinsam mit der kolumbianischen NGO Transforma die Publikation "Gender-responsive Climate Policy - A case study of the colombian coal sector" veröffentlicht. Im Papier wird die These aufgestellt, dass eine geschlechtergerechte Klimapolitik die Gleichstellung der Geschlechter fördern und dass eine erhöhte Gleichstellung der Geschlechter wiederum zu einer besseren Klimapolitik führen kann. Diese These wird am Beispiel des kolumbianischen Kohlesektors anschaulich dargelegt.



## Veranstungshinweise

### 13. & 14. Januar 2021: virtuelle Konferenz zur EU Verordnung über Konfliktminerale

Anlässlich des Inkrafttretens der EU-Konfliktminerale-Verordnung am 1. Januar 2021, einem Meilenstein in der verantwortungsvollen Mineralienbeschaffung, laden das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Responsible Minerals Initiative (RMI) zu einer Multi-Stakeholder-Konferenz ein, um eine Bestandsaufnahme der Umsetzung und der



©BMZ/RMI

Auswirkungen der EU-Konfliktmineralien-Verordnung zu machen, insbesondere durch die Brille der Produzentenländer. Die Konferenz bietet interaktive Diskussionen in einem inklusiven Multi-Stakeholder-Charakter und soll ein globales Publikum aus öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Teilnehmenden einbeziehen um gemeinsam die mögliche Auswirkungen der EU-Konfliktmineralien-Verordnung auf die Stakeholder in den Förderländern untersuchen. Die Veranstaltung darf gerne geteilt und weitergeleitet werden. Interessierte Stakeholder haben die Möglichkeit am Ende des ersten Tages ein Open-Space zu organisieren.

[Anmeldung und Agenda »](#)



## Veranstaltungsrückblick

### Die EU-Konfliktmineralien-Verordnung - Relevanz für China und für nachhaltigere Rohstofflieferketten

Rückblick auf das virtuelle Event vom 04.12.2020



©GIZ

Zusammen mit dem Deutsch-Chinesischen Zentrum für nachhaltige Entwicklung (ZNE) und der CCCMC (Chinesische Handelskammer für Importeure und Exporteure von Metallen, Mineralien und Chemikalien) organisierte das GIZ-Sektorprogramm ‚Rohstoffe und Entwicklung‘ am 4. Dezember eine virtuelle Sitzung zum Thema „Die EU-Konfliktmineralien-Verordnung - Relevanz für China und für nachhaltigere

Rohstofflieferketten“. Die Veranstaltung bot eine Plattform für den politischen Dialog und den Wissensaustausch zwischen relevanten Stakeholdern mit dem Ziel, die Sorgfaltspflicht in Rohstofflieferketten zu verbessern.

[Weitere Infos zur Veranstaltung »](#)

## Schon gewusst..?





© Pixabay

Eine **Untersuchung** von über 100 Korruptionsfällen im Zusammenhang mit Öl-, Gas- und Bergbaulizenzen hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der beteiligten Unternehmen versteckte wirtschaftliche Eigentümer haben. Nicht deklarierte wirtschaftliche Eigentümer und schwache Mechanismen zur Aufdeckung und Handhabung von Interessenkonflikten sind eine Hauptquelle für Korruptionsrisiken im

Lizenzierungsprozess.

Zur Verringerung der Korruptionsrisiken im Rohstoffsektor hat die **Transparenzinitiative des Rohstoffsektors (EITI)** die Offenlegung der **wirtschaftlichen Eigentümer** von Unternehmen 2019 in den EITI Standard aufgenommen. Ab Januar 2021 wird diese Maßnahme in Kooperation mit **Open Ownership** durch das 5-Jahres Programm „*Opening Extractives*“ ergänzt, welches die Einführung von öffentlichen Registern in 8 bis 10 EITI-Ländern unterstützt.



[Kontakt](#)

[Haftungsausschluss](#)

[Weiterempfehlen](#)

[www.giz.de](http://www.giz.de)



#### **Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH**

Sitz der Gesellschaft  
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36  
53113 Bonn  
T +49 228 44 60-0  
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5  
65760 Eschborn  
T +49 61 96 79-0  
F +49 61 96 79-11 15

E [info@giz.de](mailto:info@giz.de)  
I [www.giz.de](http://www.giz.de)

#### **Handelsregister**

Amtsgericht Bonn: Eintragungs-Nr. HRB 18384  
Amtsgericht Frankfurt am Main: Eintragungs-Nr. HRB 12394

USt-IdNr. DE 113891176  
Steuernummer 040 250 56973

#### **Vorsitzender des Aufsichtsrats**

Staatssekretär Martin Jäger

**Vorstand**

Tanja Gönner (Vorstandssprecherin)  
Ingrid-Gabriela Hoven  
Thorsten Schäfer-Gümbel

**Verantwortlich:**

Johanna Wysluch, johanna.wysluch@giz.de  
Lisa Stellner, lisa.stellner@giz.de

**Redaktion:**

Lisa Stellner, lisa.stellner@giz.de

**Bildnachweis:**

Titelbild: ©GIZ/Mike Duff

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte hier auf [abmelden](#).